

Montag, 28. Oktober 2024

Kontroverse um Windkraft, Mitspracherechte der Bürger und eine sichere Stromversorgung

Zur kantonalen Abstimmung über die Änderung des Planungs- und Baugesetzes am 24. November

Luzern hat sich in den vergangenen Jahren durchaus einen Namen als fortschrittlicher Kanton im Bereich der Energiepolitik gemacht. Doch die Herausforderungen des Klimawandels, der Energieversorgung und der Ressourcenverknappung erfordern auch in Zukunft mutiges Handeln.

Herausforderungen sind für mich da, um gelöst zu werden. Das angepasste Planungs- und Baugesetz trägt als weiterer Mosaikstein zu dieser

Lösung bei. Es betont, dass die sichere Energieversorgung ein übergeordnetes Interesse ist, das dem Einzelinteresse im Zweifelsfall vorgeht. Und das Gesetz gibt uns die Mittel an die Hand, neue Energieprojekte schneller zu realisieren.

Damit sichern wir nicht nur unsere Stromversorgung, sondern schaffen auch Innovation, Wertschöpfung und Arbeitsplätze in der Region. Mit einem Ja am 24. November können wir den eingeschlagenen Weg miteinander weitergehen und Luzern als Vorreiter in der Energiepolitik stärken.

Pirmin Jung, Unternehmer, Eschenbach

Die direkte Demokratie ist der Stolz der Schweiz – und genau sie wird durch die geplante Gesetzesänderung stark eingeschränkt. Das beschleunigte Verfahren für den Bau von Windkraftanlagen und andere, grosse Projekte mag auf den ersten Blick effizient wirken, doch in Wahrheit beraubt es die Bürger ihres Mitspracherechts. Ohne die Zustimmung der betroffenen Gemeinden und Bürger können solche Vorhaben künftig durchgesetzt werden. Dieser Eingriff in die Entscheidungsfreiheit der Bürger ist ein massiver Rückschritt. Unsere Demokratie lebt davon, dass die Menschen

in ihrem unmittelbaren Umfeld Einfluss nehmen können.

Bei Projekten, die das Dorfbild und die Lebensqualität so stark beeinflussen, ist die Meinung der Bevölkerung unverzichtbar. Die geplante Gesetzesänderung ignoriert jedoch diese fundamentale Grundlage unserer Demokratie und verlagert die Entscheidungsgewalt in die Hände weniger. Wenn wir diese Änderung zulassen, setzen wir einen gefährlichen Präzedenzfall. Was kommt als Nächstes? Eine Politik, die den Bürgern ihre Rechte entzieht, läuft Gefahr, das Vertrauen in die Demokratie nachhaltig zu zerstören.

Daher appelliere ich an alle Stimmberechtigten, diese Gesetzesänderung abzulehnen und für den Erhalt unserer direkten Demokratie zu kämpfen. Nur so können wir sicherstellen, dass unsere Stimmen auch in Zukunft Gehör finden!

Martin Wicki, Malters, Präsident SVP Kanton Luzern

Windräder produzieren Flatterstrom. Wird ein Haushalt nur von Sonne und Wind mit Strom versorgt, würde immer wieder alles stillstehen, kein Licht, kein Kochen, kein PC. Windräder als zuverlässige

Stromlieferanten funktionieren nur im Verbund mit einem Stromspeicher, sie lösen unser Problem der Versorgungssicherheit nicht. In der Luzerner Zeitung vom 23. Oktober, wird gezeigt, wie der weltweit tätige Konzern Google es lösen will: mit kleinen, kostengünstigen Mini-KKW – nicht mit Solaranlagen und nicht mit Windrädern. Ich frage mich, ob unsere Politiker so viel schlauer sind als die Fachleute von Google – und ob unsere Enkel und Enkelinnen einmal eine sinnvolle Stromversorgung erben werden.

Hans Koller, dipl. Masch.-Ing. ETH, Horw

Nicht die SRG ist eine Bedrohung für die Medien – die amerikanischen Tech-Giganten sind es

«Mediennutzung: Studie der Universität Zürich zur SRG löst Kontroverse aus»
Ausgabe vom 22. Oktober

Das Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) zeigt in seinem aktuellen Bericht auf, dass die SRG mit ihrem Online-Angebot die privaten Medien nicht torpediert. Tatsächlich informieren

sich gerade einmal 4 Prozent der Befragten ausschliesslich über SRG-Plattformen, wie die repräsentative Studie zeigt – der Vorwurf einer Verdrängung ist entsprechend haltlos.

Doch die Empirie scheint den Autor des Artikels auf seinem andauernden Feldzug gegen die SRG längst nicht mehr zu interessieren. Stattdessen bezeichnet er fög-Di-

rektor Mark Eisenegger in schrill-tendenziösem Stil als «Apologet des gebührenfinanzierten Rundfunks». Tatsächlich plädiert Mark Eisenegger sogar für ein verstärktes Miteinander von privaten und öffentlichen Medien, wobei dies im Artikel keine Erwähnung findet.

Nicht die SRG sind das Problem für die privaten

Medien, sondern die Tech-Giganten sind es, welche immer grössere Stücke des Werbekuchens für sich beanspruchen.

Auch die Stellungnahme des Verlegerverbands Schweizer Medien rund um Vizepräsident Peter Wanner, die im Artikel aufgeführt wird, ist unausgewogen.

So wird auf Marktanalysen aus Deutschland und Öster-

reich verwiesen, die zum Schluss kommen, dass kostenlose Online-Nachrichtengebote des gebührenfinanzierten Rundfunks die zusätzliche Nutzung kostenpflichtiger privater Medienangebote stark beeinträchtigen oder gar verhindern.

Dies lasse sich auch auf die Schweiz übertragen, wobei diese Behauptung ohne Be-

gründung erfolgt. Auf der anderen Seite zeigt das Beispiel der USA, wie trotz äusserst geringem Stellenwert des medialen Service public die Krise der Verlage noch eklatanter ausfällt, gerade was den Lokal- und Regionaljournalismus anbelangt.

Simon Bertschi, Luzern, Redaktionsleiter ftmedien.ch

Ein Ort, um Kräfte zu tanken



Uralte Bäume, ein Fluss in geordneten Bahnen – ein Plätzchen, an dem man die Seele baumeln lassen kann.

Leserbild: Gregor Jakober, Alpnach Dorf

Es wird ein Treffpunkt für «tout Lucerne»

«Neues Luzerner Theater erreicht erste politische Hürde»,
Ausgabe vom 15. Oktober

Das neue Luzerner Theater (nLT) ist ein selbstbewusstes Statement einer Stadt, die weiss, was sie will. Es ist eine Einladung an die Bevölkerung, Luzern aus einem neuen Blickwinkel zu erleben. Mit dem nLT wird ein für alle zugänglicher Treffpunkt an bester Lage mitten in Luzern gebaut. Ohne Konsumationszwang, offen für viele Nutzungen. Ein Ort, wo Luzern so ist, wie wir es am liebsten haben:

weltoffen, entspannt, grosszügig, kulturell interessiert.

Ein Haus mitten in der Stadt, die Türen offen für alle. Ein Ort für Begegnungen. Ich freue mich auf die Bar mit Ausblick auf die historische Altstadtkulisse. Ich freue mich auf das Restaurant, wo auch Mitarbeitende des Betriebs und Kunstschaffende zu sehen sein werden. Ich bin in einer Luzerner Wirtsfamilie aufgewachsen und bin überzeugt, dass das Theaterrestaurant den Restaurants in der Nachbarschaft keine Gäste wegnehmen wird. Vielmehr bringt die Kulturstätte mehr Frequenz ins

Quartier. Davon profitieren alle. Das nLT ist eine Bühne für Luzern. Mit mehreren Bühnen für die Theaterkunst. Eine Bühne mit Terrasse und Bar für die Präsentation der einmaligen Altstadt. Eine Bühne für Theater- und Kunstschaffende aus anderen Gattungen, die hier ihre Arbeit bekannt machen können. Eine Bühne für die Zentralschweizer Wirtschaft, die sich hier präsentieren und hierher einladen und Feste feiern kann. Eine Bühne für jede Szene und «tout Lucerne».

Andreas Buholzer, Luzern

Sollen wir Autobahnen ausbauen? Wer bezahlt?

Zur eidgenössischen Abstimmung über den Ausbau der Nationalstrassen am 24. November

Mit Bezug auf die Abstimmung wird den Automobilisten jetzt schon aufgezeigt, dass die Mineralölsteuer steigen wird. Das wird insbesondere diejenigen mit Verbrennungsmotoren treffen. Als Gründe erwähnt werden Herausforderungen auf der Einnahmenseite. Die Frage ist nur, wann die Erhöhung kommt. Der Zeitpunkt dazu ist ja nie geeignet.

Die Halter von Elektrofahrzeugen werden voraussichtlich mindestens bis 2030 keinen Beitrag an den Strassenbau und -Unterhalt bezahlen, weil sie kein Benzin und keinen Diesel tanken und deshalb auch keine Mineralölsteuern zahlen. Das sind mittlerweile Zehntausende von tollen Fahrzeugen. Sie strapazieren wohl mit ihrem oft höheren Gewicht und Drehmoment den Strassenbelag stärker als herkömmliche Mittelklassewagen.

Für die Erhebung einer Steuer müssen die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden. Dass dies seitens Politik nicht erste Priorität hat, kann ich nachvollziehen. Wer will sich mit diesem Thema schon unglücklich machen? Also, frisch voran, die Mineralölsteuern erhöhen, die Automobilisten mit Verbrennungsmotoren werden schon zahlen.

Der Nationalstrassenbau wird auch aus den Einnahmen durch die Autobahnvignette finanziert. Hier ist meines Erachtens längst eine Anpassung fällig. Wir fahren für läppische 40 Franken das

ganze Jahr auf gut unterhaltenen Strassen. 2013 hat die Stimmbewölkerung eine Erhöhung auf 100 Franken sowie die Einführung einer Zweimonatsvignette abgelehnt. Das Thema sollte wieder aufgenommen werden. Heute kann man sich nicht mehr hinter hohem administrativem Aufwand verstecken.

Wir haben einerseits schon die elektronische Autobahnvignette. Andererseits macht es Österreich vor, Pickerl, Kosten für Befahrung des Arlbergtunnels, der Brenner-, Tauern-, Karawanken- und Phyrn-Autobahn, alles elektronisch und via Website. Notabene wird doppelt kassiert, Pickerl und Kosten für besondere Bauten oder Routen.

Können wir das nicht? Mein Fazit: Vorwärtsmachen bei den Einnahmequellen, Mobilität sicherstellen und Autobahnen ausbauen.

Andreas Brun, Ebikon

In Zusammenhang mit der Abstimmung über den Autobahnausbau häufen sich die Pannen beim Bundesamt für Strassen (Astra). Zuerst erfahren wir, dass Zahlen verwendet werden, die nicht aktuell sind. Weiter wurde aufgedeckt, dass die Publikation einer Studie über externe Kosten nach dem Abstimmungstermin hätte verschoben werden müssen.

Dazu wurde bekannt, dass PR-Agenturen beim Astra für eine systematisch verschönerte (faktenferne) Darstellung der Dinge sorgen und dabei hohe Kosten verursachen. Informiert wurde, dass das Hauptargument der Verkehrssicherheit

nicht greift, da die Autobahnen durch zusätzliche Spuren in der Tat unsicherer werden. Schlussendlich wurde auch bekannt, dass sogar Verkehrsspezialisten beim Astra vom geplanten Ausbau nicht überzeugt sind.

Wir stimmen über sechs Autobahnverbreiterungsprojekte in oder in der Nähe von Agglomerationen ab. Wie soll es weniger Stau geben, falls eine Autobahn, welche in eine Stadt führt, von vier auf sechs oder sogar von sechs auf acht Spuren ausgebaut wird? Der Engpass befindet sich nicht auf der Autobahn selber, sondern am Endpunkt, bei den und nach den Ausfahrten.

Fazit: Der Stau wird nach vielen Jahren Bauzeit für 5,3 Milliarden Franken im besten Fall zwar kürzer, dafür aber breiter. Weiter ignorieren Befürworter konsequent wissenschaftlich bewiesene Erkenntnisse, unter anderem Jevons' Paradoxon: Effizientere Strassen werden durch mehr Autofahrende befahren. Er wird auch Rebound-Effekt genannt und wird nach weniger Zeit zu mehr Stau führen. Mit anderen Worten: «Wer Strassen sät, wird Verkehr ernten»: Die geplanten Autobahnausbauten machen verkehrstechnisch keinen Sinn.

Weiter wurde in den letzten Tagen kommuniziert, dass die Benzinsteuern aufgrund der Elektrifizierung des Fahrzeugparks erhöht werden muss. Als unpassend empfinde ich, zeitgleich 5,3 Milliarden Franken aus dem Fenster zu werfen. Ich stimme Nein.

Daniel Daucourt, Oberdorf NW